
Vorsitz: Schweiz**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1570. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 29. Juni 2026 (im Ratsaal)

Beginn: 18.30 Uhr

Schluss: 18.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Nägeli

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DIE VERLÄNGERUNG DES
MANDATS DER OSZE-MISSION IN MOLDAU

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1530 (PC.DEC/1530) über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Moldau (interpretative Erklärung, siehe Anlage 1 zum Beschluss), Zypern – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und der Ukraine) (interpretative Erklärung, siehe Anlage 2 zum Beschluss), Türkei, Kanada (interpretative Erklärung, siehe Anlage 3 zum Beschluss), Vereinigtes Königreich (interpretative Erklärung, siehe Anlage 4 zum Beschluss), Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 2. Juli 2026, um 10.00 Uhr im Ratsaal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.DEC/1530

29 June 2026

GERMAN

Original: ENGLISH

1570. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1570, Punkt 1 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 1530
VERLÄNGERUNG DES MANDATS DER
OSZE-MISSION IN MOLDAU

Der Ständige Rat

beschließt, das Mandat der OSZE-Mission in Moldau bis zum 31. Dezember 2026 zu verlängern.

PC.DEC/1530

29 June 2026

Attachment 1

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Moldaus:

„Herr Vorsitzender,

die Republik Moldau unterstützt als Gastland nachdrücklich das Missionsmandat und dessen Verlängerung um den üblichen Zeitraum von einem Jahr. Wir bedauern, dass die Russische Föderation entgegen dem Geist des Beschlusses Nr. 18/06 des OSZE-Ministerrats, der festlegt, dass die Mandate der Feldoperationen jeweils für ein Jahr gelten, wenn der Teilnehmerstaat, in dem eine Feldoperation stationiert ist, zustimmt, weiterhin einen Konsens blockiert.

Mandatsverlängerungen um einen kürzeren Zeitraum schaffen unnötige Unsicherheit und verwaltungstechnische Belastungen und erschweren die Planung. Sie beeinträchtigen die Fähigkeit der Mission, verlässlich und wirksam zu arbeiten, auch im Hinblick auf die Unterstützung des Dialogs zwischen Chişinău und Tiraspol und die Beobachtung der Lage in der Sicherheitszone.

Wie Sie wissen, misst mein Land der Arbeit der OSZE-Mission in Moldau große Bedeutung bei. Die Mission ist nach wie vor essentiell für das Engagement der OSZE bei der Beilegung der Transnistrien-Frage mit spürbaren Fortschritten hin zur Wiedereingliederung des Landes, obschon das formelle Verhandlungsformat aufgrund des Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine bedauerlicherweise ins Stocken geraten ist.

Wir bringen unser Bedauern über die Blockade der vom Beschluss Nr. 18/06 des OSZE-Ministerrats vorgesehenen Verlängerung des Mandats um ein Jahr zum Ausdruck und fordern die Russische Föderation auf, im Geiste der OSZE ihren Standpunkt zu dieser Frage klar darzulegen.

Wir würdigen auch die Bemühungen des Vorsitzes um die Erleichterung eines Konsenses und danken allen Teilnehmerstaaten, die Moldaus Standpunkt und die Arbeit der OSZE-Feldmission immer wieder unterstützen. In diesem Zusammenhang fordern wir alle Delegationen auf, verantwortungsvoll zu handeln und einem Konsens über die Verlängerung des Mandats den Weg zu ebnen.

Wir fordern Russland erneut auf, seinen Standpunkt zu überdenken und zu ermöglichen, dass das Mandat der Mission wieder mit dem einjährigen Arbeitszyklus der OSZE in Einklang gebracht wird.

Um die Blockade zu lösen und als Kompromiss, um der Mission die Durchführung ihrer Aktivitäten zu ermöglichen, begegnet die Republik Moldau der Verlängerung um sechs Monate deshalb mit Verständnis.

Wir ersuchen um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum Beschluss und zum Journal der heutigen Sitzung.

Ich danke Ihnen.“

PC.DEC/1530

29 June 2026

Attachment 2

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION
FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Zyperns übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ständigen Rates über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau möchte die Europäische Union im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung die folgende interpretative Erklärung abgeben.

Die Europäische Union bedauert einmal mehr zutiefst den isolierten und haltlosen Standpunkt der Russischen Föderation hinsichtlich der willkürlichen Begrenzung der Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau auf sechs Monate statt gemäß der von uns gemeinsam beschlossenen und 2006 auf Ministerebene bekräftigten Regel auf ein Jahr. Im Beschluss Nr. 18/06 des OSZE-Ministerrats von Brüssel wurde unmissverständlich bekräftigt, dass die Mandate der Feldoperationen jeweils für ein Jahr gelten, wenn der Teilnehmerstaat, in dem eine Feldoperation stationiert ist, zustimmt. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Verlängerung um sechs Monate eine sehr große verwaltungstechnische Belastung für die Mission darstellt. Wir sehen keinen Grund, unter den gegenwärtigen sehr schwierigen Umständen, während die Republik Moldau nach wie vor mit den Folgen des fortgesetzten russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine konfrontiert ist, die Arbeit der Mission noch zusätzlich zu unterhöhlen.

Wir sprechen der Mission für ihre Arbeit bei der Umsetzung ihres Mandats unsere Anerkennung aus. Wir erinnern daran, dass wir die Arbeit der Mission bei der Erleichterung des Austausches und des regelmäßigen Dialogs zwischen den Seiten im Zusammenhang mit der Erzielung einer dauerhaften und umfassenden politischen Beilegung des Transnistrien-Konflikts auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstützen.

Im Bewusstsein, wie wichtig es ist, der OSZE-Mission in Moldau die Fortsetzung ihrer unschätzbar wertvollen Arbeit zu ermöglichen, und unter Berücksichtigung des Standpunkts des Gastlandes hat die EU beschlossen, sich dem Konsens über die Verlängerung des Mandats um sechs Monate anzuschließen.

Wir fordern Russland auf, seinen Standpunkt zu überdenken, um eine erneute Verlängerung des Mandats der Mission um ein Jahr zu ermöglichen, wie es der gängigen

Regel entspricht, der es beim Ministerratstreffen in Brüssel 2006 auf Ministerienebene zugestimmt hat.

Wir ersuchen um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum Beschluss und zum Journal der heutigen Sitzung.

Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, die Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.“

PC.DEC/1530

29 June 2026

Attachment 3

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas:

„Herr Vorsitzender,

betreffend den Beschluss des Ständigen Rats über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau möchte Kanada folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der OSZE-Geschäftsordnung abgeben.

Kanada bedauert zutiefst, dass die Russische Föderation die übliche Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau um ein Jahr erneut blockiert hat.

Im Ministerratsbeschlusses Nr. 18/06 heißt es klipp und klar, dass ‚die Mandate der Feldoperationen jeweils für ein Jahr gelten, wenn der Teilnehmerstaat, in dem eine Feldoperation stationiert ist, zustimmt‘.

In Anbetracht des Standpunkts des Gastlands ist die Weigerung Russlands, einer Verlängerung um ein Jahr zuzustimmen, ein weiteres Beispiel dafür, wie Russland das Konsensprinzip dazu missbraucht, einen einstimmig getroffenen Beschluss zu untergraben.

Kanada unterstützt weiterhin nachdrücklich das Mandat der Mission und deren Rolle bei der Unterstützung Moldaus im Umgang mit den Herausforderungen und Sicherheitsrisiken, denen sich das Land gegenübersteht. Wir bekräftigen erneute unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität von Moldau.

Wir schließen uns dem Konsens über diese irreguläre Verlängerung um sechs Monate erneut an, sind aber enttäuscht, dass die Russische Föderation wieder einmal ihr engstirnig verstandenes nationales Interesse in den Vordergrund gestellt hat, um die Effizienz und Wirksamkeit unserer Organisation und die Sicherheit in Europa im Allgemeinen zu untergraben.

Wir bitten um Beifügung dieser Erklärung zum Beschluss und um Aufnahme in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen.“

PC.DEC/1530

29 June 2026

Attachment 4

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Im Zusammenhang mit dem soeben verabschiedeten Beschluss des Ständigen Rates über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Moldau möchte das Vereinigte Königreich die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich bedauert einmal mehr, dass die Russische Föderation die rechtzeitige Verlängerung um zwölf Monate, wie von der Mission und vom Gastland gewünscht, nicht zugelassen hat. Im Ministerratsbeschlusses Nr. 18/06 heißt es klipp und klar, dass ‚die Mandate der Feldoperationen jeweils für ein Jahr gelten, wenn der Teilnehmerstaat, in dem eine Feldoperation stationiert ist, zustimmt‘.

Mit ihrer Blockade der rechtzeitigen Verlängerung um zwölf Monate hat die Russische Föderation erneut das Konsensprinzip dazu missbraucht, einen einstimmig getroffenen Beschluss zu untergraben.

Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, ihren Standpunkt im Hinblick auf künftige Mandatsverlängerungen zu überdenken und wieder Verlängerungen um volle zwölf Monate zuzustimmen.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss und dem Journal des Tages beifügen zu lassen.“